



Stefan Weinert – 14. September 2024

## Wir schaffen das!

---

Ich bin Stefan Weinert von der Rundfunkarbeit im Bistum Trier.

Solingen, am 23. August dieses Jahres: Mit einem Messer ermordet ein junger Syrer drei Menschen und verletzt acht weitere. Der Mann war im Dezember 2022 als Flüchtling nach Deutschland gekommen, die Tat hat vermutlich einen islamistischen Hintergrund. In der Folge verschärft die Bundesregierung unter anderem Regelungen für Flüchtlinge.

Solingen, am 29. Mai 1993: Vier junge deutsche Männer töten bei einem Brandanschlag auf das Haus einer türkischstämmigen Familien fünf Menschen, 17 werden verletzt. Die Täter haben einen rechtsextremen Hintergrund. Der Brandanschlag von Solingen ist der bittere Höhepunkt einer Kette rassistischer Gewalttaten seit 1991, unter anderem in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen und Mölln, wo drei Menschen sterben. In der Folge ändert eine Bundestagsmehrheit das Grundgesetz und verschärft so die Regelungen für Flüchtlinge.

Mein Eindruck: Wenn bei Morden Flüchtlinge oder Menschen mit Migrationshintergrund im Spiel sind, werden in Deutschland die Asylgesetze verschärft. Egal, ob Migrant\*innen Täter sind oder Opfer.

So eben auch jetzt wieder. Aber was die Ampelregierung beschlossen hat, geht vielen noch nicht weit genug – und da lasse ich die AfD mal völlig außen vor. CSU-Chef Söder fordert, die Zahl der Asylanträge in Deutschland deutlich zu reduzieren, von derzeit 300.000 im Jahr auf weit unter 100.000. Deutschland, die Menschen, die Institutionen seien überfordert, in vielen Städten fühlten sich die deutschen Einwohner nicht mehr zu Hause. Und wie soll das gehen, die Zahl der Asylanträge zu reduzieren? Söder fordert, Menschen an den Grenzen zurückzuweisen, da ist er sich auch mit dem CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz und dem FDP-Vorsitzenden Christian Lindner einig. Und das soll auch ein Signal sein an die Nachbarn, ebenfalls ihre Grenzen dicht zu machen. Festung Europa also. Wollen wir das wirklich? Mal abgesehen davon, dass die geforderten Rückweisungen rechtlich sehr umstritten sind<sup>1</sup>.

Das Flüchtlinge gegen einen ablehnenden Bescheid, gegen eine drohende Abschiebung vor Gericht klagen dürfen, das ist Markus Söder auch nicht recht; stattdessen solle – Zitat - „das deutsche Volk, die deutsche Politik selber entscheiden können, ob, wie viele und wer kommt“, fordert er beim Politischen Gillaomos, einer bayrischen Jahrmarktsveranstaltung; und dann noch mal ausdrücklich: nicht die Gerichte sollen entscheiden, sondern die Politik<sup>2</sup>. Gut – den Rechtsstaat will Söder für Geflüchtete dann also gleich auch mal außer Kraft setzen. Und der christ-soziale Politiker Markus Söder verschweigt auch nicht, was sein langfristiges Ziel ist: Das individuelle Recht auf Asyl abschaffen<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/zurueckweisungen-100.html>;  
<https://taz.de/Zurueckweisungen-von-Fluechtlingen/16035119/>; <https://www.deutschlandfunk.de/ex-verfassungsrichter-huber-haelt-zurueckweisungen-von-asylbewerbern-fuer-zulaessig-100.html> - alle eingesehen am 11.09.2024.

<sup>2</sup> [https://www.tiktok.com/@lime\\_green\\_leni/video/7410481874721606944? r=1& t=8pdG0QP6dtl](https://www.tiktok.com/@lime_green_leni/video/7410481874721606944? r=1& t=8pdG0QP6dtl) – eingesehen am 11.09.2024.

<sup>3</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/bericht-aus-berlin-soeder-lindner-100.html> - eingesehen am 11.09.2024.

CDU-Chef Merz hatte in seiner ersten Reaktion gefordert, grundsätzlich keine Menschen aus Afghanistan und Syrien mehr nach Deutschland zu lassen<sup>4</sup>. Das widerspricht schlicht und einfach der Rechtslage. Dazu müsste Deutschland nämlich diese beiden Länder, Afghanistan und Syrien, die müssten zuerst zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden. Das wäre dann wohl doch zu viel des Zynismus, und das muss auch Merz klar sein. Die populistische Forderung hat er sich dennoch nicht verkniffen und damit die Stimmung weiter angeheizt.

Die Bundesregierung hat zunächst mal unter anderem angekündigt, mehr abzuschieben, auch nach Afghanistan und Syrien. Ein Abschiebeflug mit verurteilten Straftätern nach Afghanistan hat dann auch schon stattgefunden; nach entsprechenden Verhandlungen mit der afghanische Regierung. Ein diplomatischer Eiertanz, denn eigentlich erkennt Deutschland wie die gesamte EU die Taliban-Regierung in Afghanistan nicht an. Mit gutem Grund: Die radikalislamitischen Taliban treten die Menschenrechte mit Füßen; vor allem die Rechte von Frauen. Denen drohen Geld- und sogar Gefängnisstrafen, wenn sie etwa in der Öffentlichkeit laut reden oder außer Haus ohne männliche Begleitung unterwegs sind. Männer im öffentlichen Dienst müssen unter Strafandrohung einen Bart tragen, auch kurze Hosen sind für Männer tabu<sup>5</sup>. Auch, wenn die Verhandlungen mit dem Taliban-Regime über Mittelsleute stattgefunden haben, ist das ein kleiner Schritt dahin, dieses Terror-Regime hoffähig zu machen. Und über kurz oder lang werden die Taliban Gegenleistungen verlangen. Wie dann vermutlich auch der syrische Diktator Baschar al-Assad; denn auch nach Syrien soll ja vermehrt abgeschoben werden. Wenn's um Abschiebungen geht, machen wir Deals mit Diktatoren und Islamisten? Ist das konsequente Politik?

Und wie konsequent ist es, immer wieder zu beklagen, dass die Integration von Menschen, die aus anderen Kulturen nach Deutschland kommen – dass diese Integration so schwierig sei und häufig auch scheitere – dann aber das Geld für

---

<sup>4</sup> [https://rp-online.de/politik/deutschland/asyldebatte-nach-solingen-viele-vorschlaege-von-friedrich-merz-sind-kaum-umsetzbar\\_aid-118280901](https://rp-online.de/politik/deutschland/asyldebatte-nach-solingen-viele-vorschlaege-von-friedrich-merz-sind-kaum-umsetzbar_aid-118280901) - eingesehen am 11.09.2024.

<sup>5</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/afghanistan-tugendgesetz-100.html> - eingesehen am 11.09.2024.

Integrations- und Sprachkurse im kommenden Bundeshaushalt mal glatt um die Hälfte zu kürten – von 1,1 Milliarden auf 500 Millionen<sup>6</sup>? Was bitte soll das?

Terrorismus ist ein Sicherheitsproblem. Das löst man nicht, indem man Menschen auf der Flucht unter Generalverdacht stellt. Zu wenig bezahlbare Wohnungen sind Ergebnis verfehlter Baupolitik. Das löst man nicht mit Abschiebungen und Zurückweisungen an der Grenze. Außer, man hat jedes Gefühl für Humanität verloren.

Papst Franziskus bleibt klar: Gott sei mit den Migranten und nicht mit denen, die sie zurückweisen, sagt er bei einer Generalaudienz Ende August. Migration lasse sich nicht durch restriktivere Gesetze, eine Militarisierung der Grenzen oder Zurückweisung stoppen. Ein Ende des Leids lasse sich nur durch mehr sichere und legale Zugangswege für Migranten erreichen, wörtlich: "indem wir Menschen, die vor Krieg, Gewalt, Verfolgung und den vielen Katastrophen unserer Zeit fliehen, Zuflucht gewähren" – so Papst Franziskus<sup>7</sup>.

Denn die Situation in der Welt ist, wie sie ist. Es sind Unterdrückung, Verfolgung, Terror, Armut, Hunger, Klimakrise, Perspektivlosigkeit, die Menschen zur Flucht drängen. Weil sie halt nun mal für sich, für ihre Kinder, für ihre Angehörigen ein Leben in Freiheit wünschen, in Sicherheit, ohne Angst vor Hungersnot, Überflutungen und Terror. In der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika gilt „das Streben nach Glück“ als unveräußerliches Recht, allen Menschen vom Schöpfer verliehen. Und im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Genau darum geht es, wenn Menschen fliehen – um Menschenwürde und das Streben nach Glück.

Hat Angela Merkel ihre Landleute und ihre Politikerkolleg\*innen damals wirklich so überschätzt, als sie uns allen Mut zugesprochen hat: „Wir schaffen das!“. Behält denn wirklich Alexander Gauland die Oberhand mit seiner Drohung: „Wir werden sie jagen!“ In der Asylpolitik jedenfalls, so mein Eindruck, lassen sich die demokratischen Parteien von der AfD jagen, lassen sich vor ihr hertreiben. Die Rechtsextremen

---

<sup>6</sup> <https://www.sueddeutsche.de/politik/bundeshaushalt-2025-spardruck-integrationskurse-sicherheitsbehoerden-lux.9HuR6b91bmQda27H4nEckV> - eingesehen am 11.09.2024.

<sup>7</sup> <https://katholisch.de/artikel/55632-dramatischer-appell-des-papstes-zum-schutz-von-migranten> - eingesehen am 11.09.2024.

gewinnen die Oberhand beim öffentlichen Diskurs über Flucht und Migration. Nationalistischer Egoismus wird denkbar und sagbar, Humanität verliert an Wert. Beim Willi-Graf-Empfang des Katholischen Büros im Saarland vor wenigen Tagen in Saarbrücken hielt die Leiterin des Büros, Katja Göbel, dagegen: „Lassen wir uns nicht von Angst und Misstrauen leiten,“ sagt sie, „sondern von der Liebe, die Jesus uns vorgelebt hat, und der unantastbaren Würde eines jeden Menschen. So können wir eine Gesellschaft schaffen, die sicher und zugleich barmherzig ist.“<sup>8</sup>

Ich würde mir Politiker\*innen wünschen, die Rückgrat beweisen. Die die Traditionen und Grundwerte ihrer Parteien ernst nehmen – christliches Menschenbild, Solidarität, Menschenrechte. Die den Menschen in Deutschland sagen und erklären: Wir sind eine offene und großzügige Gesellschaft. Wir haben aus unserer Geschichte gelernt. Menschlichkeit, Menschenrechte, Menschenwürde sind uns wichtig. Und nicht zuletzt sind wir eins der reichsten Länder auf dieser Erde. Und deshalb lassen wir uns von den rechtsextremen, nationalegoistischen Jammerlappen nicht ins Bockshorn jagen, sondern – ja, wir schaffen das!

---

<sup>8</sup> <https://paulinus-bistumsnews.de/aktuell/news/artikel/Vielfalt-kann-uns-bereichern/> - eingesehen am 11.09.2024.